



Wien, am 20.07.2015

STRATEG Brief Nr. 15 **„Pragmatische Diplomatie statt kriegerischer Moralpolitik“**
(Historische Einigung im Atomstreit mit dem Iran)

„Die schlimmsten Diplomaten sind die Missionare, die Fanatiker und die Juristen; die Besten ihrer Art hingegen sind die vernünftigen und humanen Skeptiker. Denn nicht die Religion hat die diplomatische Theorie geprägt; es war vielmehr der gesunde Menschenverstand.“ (Harold Nicolson, *Diplomacy*, London 1939). Von all diesen genannten „schlimmen“ Diplomaten gibt es zwischen Washington, Teheran und Brüssel eine Menge. Durchgesetzt hingegen hat sich der „common sense“ pragmatisch handelnder Personen.

Während sich die EU seit 2003 emsig um eine Verhandlungslösung bemühte, brachten die USA unter Hinweis auf die „Achse des Bösen“ regelmäßig die militärische Option ins Spiel. Parallel griff aber bereits unter der Bush Administration Realpolitik anstelle der zerstörerischen Moralpolitik um sich. Die USA und der Iran arbeiteten diskret indirekt in Afghanistan lange zusammen. Es war die Aufnahme direkter Kontakte zwischen den USA und dem Iran, die den Gesprächen die erforderliche Dynamik gaben. Im Februar 2013, also lange vor der Wahl von Präsident Hassan Rohani, arbeiteten beide Seiten bei Geheimtreffen im Oman an jenem Text, der am 24.11.2013 den ersten historischen Durchbruch bildete. Das Rahmenpapier von Lausanne vom 3.4. bildete die Basis für das nunmehr am 14.7. in Wien erreichte Abkommen „Joint Comprehensive Plan of Action“, das rund 100 Seiten stark ist und die technischen Details zur Urananreicherung im Iran regelt.

Atomprogramm Reduktion der Gaszentrifugen um zwei Drittel, 95 Prozent der Bestände an angereichertem Material werden verdünnt oder außer Landes gebracht. So soll sichergestellt werden, dass der Iran mehr als ein Jahr brauchen würde, um das Material für eine Atombombe zusammenzubekommen. Die Regelungen gelten für zehn Jahre.

Kontrollen erfolgen durch die Internationale Atomenergiebehörde IAEA auch nach den Regeln des Zusatzprotokolls zum Nichtverbreitungsvertrag, das u.a. kurzfristig angekündigte Kontrollen vorsieht. Das gilt ohne zeitliche Beschränkung. Militärgelände sind nicht aufgenommen. Der Iran kann aber durch Widerspruch eine Inspektion bis zu 24 Tage hinauszögern.

Der Iran darf seine Anreicherungstechnologie nur stark eingeschränkt weiterentwickeln. So soll sichergestellt werden, dass es auch nach dem Ablauf von zehn Jahren seine Anreicherung nicht sprunghaft steigern kann. Der Schwerwasserreaktor Arak wird so umgebaut, dass er nicht zum Erzeugen von waffenfähigem Plutonium genutzt werden kann. Der bisherige, Bedenken hervorrufende Reaktorkern wird ausgebaut und außer Landes geschafft. Neue Schwerwasserreaktoren werden nicht gebaut.

Sanktionen – Wenn die IAEA bestätigt, dass der Iran seine Verpflichtungen erfüllt hat, werden als erstes die Wirtschaftssanktionen aufgehoben, die bislang den Zugang zu den Öl- und Finanzmärkten blockieren. Das UN-Waffenembargo bleibt noch fünf, das Embargo für Material für ballistische Raketen acht Jahre in Kraft. Eine gemeinsame Kommission, in der die Sechsergruppe der 5 UN-Sicherheitsrat Vetomächte plus Deutschland und auch Iran vertreten sind, soll in Streitfragen angerufen werden. Dem Iran droht bei Nichterfüllung, dass die Sanktionen „zurückschnappen“ (snap back sanctions). Die Sechsergruppe bietet dem Iran eine zivile nukleare Zusammenarbeit an.

Geopolitik und Handel

Für den Iran bedeutet das Abkommen das Ende der Isolation. Teheran erhält zunächst Zugriff auf ein geschätztes 100-Milliarden-Euro-Vermögen aus Erlösen von Öl- und Gasgeschäften, das im Ausland eingefroren worden war. Dem iranischen Ölminister Namdar Zanganeh zufolge würde allein dieses Kapital für massive Investitionen in Exploration und Innovation der Energieversorgung ausreichen. Der Iran will nicht auf westliche Investitionen angewiesen sein. Ein Wettlauf der Handlungsreisenden, v.a. der internationalen Ölkonzerne hat schon längst eingesetzt. US-Firmen stehen hier in direkter Konkurrenz zu europäischen, russischen und asiatischen Anbietern. Der Iran will v.a. seinen eigenen „Hinterhof“ zwischen Indien und dem Irak selbst bewirtschaften. Investitionen in Infrastruktur von Bahnnetzen über Flugflotte bis zu Stromversorgung sind geplant.

Blickt man auf eine Karte der Safawiden Ära um 1650, dann lassen sich die alten Einflusssphären der bis 1935 als Persien bezeichneten Regionalmacht im aktuellen Radius streckenweise wieder erkennen. Die Rückkehr des Iran als ganz normaler Staat auf die Weltbühne wird über den Persischen Golf hinaus die Allianzen neu ordnen. Die syrische Assad Regierung könnte profitieren wie die Hzbollah im Libanon, wie auch Moskau und Washington den Iran im Kampf gegen den Islamischen Staat und sunnitischen Extremismus weiter an Bord holen. Einige arabische Golfstaaten reagieren verhalten positiv, Saudi-Arabien konvergiert in seinen Bedenken und Interessen teils mit Israel, will aber keine Eskalation. Premier Benjamin Netanyahu verurteilt das Abkommen als historischen Fehler und Lüge.

Innenpolitische Hürden in Washington

Die israelische Argumentation fällt in der „Mutter aller Lobbykämpfe“ im US-Kongress schwer ins Gewicht. Nicht nur Republikaner kritisieren schon heftig das Abkommen, auch Demokraten gehen auf Distanz zu US-Präsident Barack Obama. Zwei Monate intensiver parlamentarischer Debatten und vieler Korridorgespräche stehen bevor. Wie historisch das Abkommen langfristig sein wird, hängt von vielen Details in der Umsetzung ab. Dies gilt auch für den Iran, wo aber die Diplomaten und die Machtzentren des Landes viel enger sind, als jene in den USA.

OPEC und der Erdölpreis

Infolge der UN-SR Sanktionen fördert der Iran dzt. nur 1 Mio. Fass pro Tag. Bis Jahresende plant Zanganeh eine Verdoppelung, langfristig will der Iran 4 Mio. Fass pro Tag produzieren. Beim OPEC Ministerrat am 5.6. wurde bereits die Neuordnung interner Quoten debattiert bzw. ist infolge eines anhaltenden Überangebots mit weiterem Preisrückgang auf dem Weltmarkt zu rechnen. Die Ölindustrie, auch in den USA, wo die unkonventionelle Produktion („shale revolution“) teils einbricht, ist aber am iranischen Markt derart interessiert, dass offensichtlich ein niedriges Preisniveau von einigen vorerst in Kauf genommen wird.

Ausblick: Nach dem Atomabkommen könnten nun die USA und der Iran ihre Beziehungen vertiefen. Teheran würde zwar nicht wieder der US-Gendarm am Golf von ante 1979 werden, doch ist eine Intensivierung bis hin zur Sicherheitspolitik nicht auszuschließen. Sollte es zu Problemen bei der Umsetzung kommen, dann wäre der Nahe Osten noch brisanter als er es im Sommer 2015 schon ist. Der Westen benötigte angesichts der Implosion vieler nahöstlicher Staaten und aller Folgen dieses Abkommen jedenfalls mehr als der Iran, der unter den UN-SR Sanktionen nicht einbrach und das Atomprogramm bis dato weiter vorantrieb.

Verfasser:

Dr. Karin Kneissl, Vizepräsidentin der STRATEG, Analystin im Bereich Energie und Naher Osten